



# **Wahlprogramm**

**Zur**

**Bezirksversammlungswahl**

**am 25. Mai 2014**



Liebe Wandsbekerinnen,  
liebe Wandsbeker,

am 25. Mai 2014 haben Sie zum ersten Mal die Möglichkeit, neben den Wahlen zum Europaparlament auch Ihre Bezirksversammlung zu wählen. Wandsbek ist mit über 400.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der größte Bezirk in Hamburg.

Es gibt auch in Wandsbek eine echte Opposition, die die Kürzungspolitik grundsätzlich bekämpft. In diesem Bezirk ist die Spaltung in Arm und Reich stark ausgeprägt und die Chancen für die Kinder und Jugendlichen sind sehr ungleich verteilt. Viele Familien brauchen staatliche Unterstützungen, insbesondere bezahlbare Wohnungen, ausreichend Kita-Plätze und gute Schulen.

Linke Kommunalpolitik heißt für uns, beharrlich, verlässlich, kompetent und widerständig mit nachbarlichen Initiativen und den Stadtteilkonferenzen das Gemeinwesen zu stärken. Wir sind keine VertreterInnen sondern MitstreiterInnen für BürgerInnenrechte, gegen Armut und Ausgrenzung.

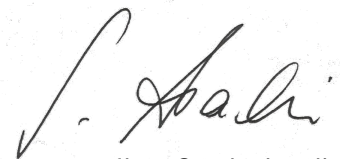
Nehmen Sie Ihr demokratisches Recht wahr, gehen Sie wählen und stärken Sie DIE LINKE. in den Parlamenten. Nur DIE LINKE. setzt sich konsequent für soziale Gerechtigkeit ein. Für Sie und mit Ihnen auch in der Bezirksversammlung Wandsbek.

**DIE LINKE. steht für ein soziales Wandsbek, das wir zusammen mit Ihnen erreichen wollen. Deshalb bitten wir Sie am 25. Mai 2014 um Ihre Stimmen.**

**5 Stimmen auf der Bezirksliste im gelben Abstimmungsheft.  
5 Stimmen im Wahlkreis im rosa Abstimmungsheft.**



Ihr Julian Georg  
Spitzenkandidat



Ihre Gerda Azadi  
Spitzenkandidatin

## **Stopp der Kürzungspolitik – für mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung in Wandsbek**

Hamburg spürt die Folgen der Schuldenbremse jeden Tag stärker. Vor allem die damit verbundene Kürzungspolitik in den Bezirken zeigt inzwischen ihre zerstörerische Kraft gerade im sozialen Bereich. Das Geld, um die Bezirke auskömmlich und bedarfsgerecht zu finanzieren ist auch in Hamburg vorhanden, es muss nur über eine **gerechte Steuerpolitik** in die öffentlichen Kassen umverteilt werden. DIE LINKE. lehnt die Kürzungspolitik und die Privatisierung gesellschaftlicher Einrichtungen ab und setzt sich für die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Hamburgischen Verfassung ein. **Statt an den Ausgaben zu kürzen müssen die Einnahmen erhöht werden.**

Der Senat wälzt die Entscheidungen zur Umsetzung seiner unsozialen Politik auf die Bezirke ab. Diese Kürzungen treffen genau die Menschen, die ohnehin strukturell benachteiligt sind und von denen seitens des SPD-Senates wenig Widerstand erwartet wird.

Nirgendwo in Hamburg wird diese soziale Spaltung geographisch so deutlich wie in Wandsbek. Der Bezirk teilt sich in einen „reichen“ Norden und einen „armen“ Süden. So leben in den nördlichen Stadtteilen des Bezirks gerade einmal zehn Prozent der Hartz-IV BezieherInnen Wandsbeks, während es in den südlichen Stadtteilen 90 Prozent sind. Diese regionale Ausprägung zeigt sich auch bei der Einkommensverteilung, der Arbeitslosenzahl und bei der Wachstumsdynamik. Hier braucht es auch in der Kommunalpolitik Konzepte, um diese soziale Schieflage zu überwinden.

Bezirkspolitik in Hamburg ist auch darüber hinaus mit vielen Einschränkungen belegt. Man steht vor einem immensen Berg von Problemen - Wandsbek hat so viele EinwohnerInnen wie Island, hat aber weniger Rechte als eine kleine Gemeinde wie Glindede. Dort stellt die Aufnahme von Flüchtlingen kein Problem dar, während in Hamburg der Senat auf allem und jedem den Daumen drauf hat und den Bezirken durch Anweisungen oder Evokation ihre Entscheidungsbefugnis entzieht, sobald die Besorgnis aufkommt, dass die bezirklichen Gremien, die gleichberechtigt mit BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden sind, Beschlüsse fassen könnten, die nicht der Senatspolitik entsprechen. Deswegen braucht es eine Debatte darüber, welche Aufgaben die Hamburger Bezirke künftig eigenständig und ohne Gängelei durch den Senat wahrnehmen sollen.

Die Bezirke werden immer wieder in ureigenen kommunalen Fragen wie dem Erhalt und Ausbau von Schwimmbädern, Museen, Stadtteil- und Beratungszentren, öffentlichen Grünanlagen, Kleingärten oder Jugend- und Kindereinrichtungen ausgehebelt. Während die Haushaltsmittel der Bezirke von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft beschlossen werden, bleibt den Bezirken dann die zweifelhafte Aufgabe zu entscheiden, welchem Stadtteilkulturzentrum sie von den festgesetzten Haushaltsansätzen mehr - oder meistens weniger - zukommen lassen dürfen.

Ohne ein **bezirkliches Haushalts- und Budgetrecht** und eine auskömmliche finanzielle Ausstattung mit einem verbindlichen Verfügungsrecht über Steuereinnahmen gibt es keine kommunale Selbstbestimmung.

### **Deshalb fordert DIE LINKE. Wandsbek:**

- Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Hamburgischen Verfassung
- BürgerInnenentscheide für die Hamburger Bezirke müssen ernst genommen werden
- Bezirksversammlungen sollen echte Entscheidungskompetenzen bekommen
- Eigenes Haushalts- und Budgetrecht für die Bezirke

## **Soziale Stadtentwicklung und bezahlbare Wohnungen**

Alarmzeichen für die sich verschärfende Mietenproblematik in Wandsbek werden seit längerer Zeit ignoriert. In den letzten fünf Jahren sind bis 2012 in Wandsbek 5.671 Wohnungen – mit 20,2% deutlich mehr als im Hamburger Durchschnitt – aus der Sozialbindung gefallen. Bis 2017 werden weitere 6.750 Wohnungen aus der Bindung fallen. Deshalb finden Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen kaum noch angemessene, bezahlbare Wohnungen. Das Wandsbeker Wohnungsbauprogramm mit dem geplanten Bau von jährlich 1.100 Wohneinheiten in allen Kategorien, davon in hohem Maße Ein- und Zweifamilienhäuser – trägt der sozialen Problematik und dem Mehrbedarf durch Bevölkerungszuwachs ungenügend Rechnung. DIE LINKE. Wandsbek fordert daher verbindlich mindestens 600 Wohneinheiten im ersten Förderweg pro Jahr zu planen und Mietpreisbindungen, wo immer möglich, verbindlich zu verlängern.

### **Leitmotive der LINKEN für die Bezirkspolitik sind daher:**

- Bezahlbares, menschenwürdiges, barrierefreies und gesundes Wohnen ist ein soziales Grundrecht, das in der Hamburger Verfassung gesichert werden muss
- Die bezirklichen Stellen zur Wohnraumsicherung brauchen größere Handlungsmöglichkeiten für Menschen in sozialen Notlagen. Wir fordern deswegen vom Senat, dass er verstärkt Belegungsrechte für Wohnungen an- und zurückkauft. Möglichst kleinteilige öffentliche Unterbringung von Wohnungslosen und Flüchtlingen muss in die Wandsbeker Wohnungsbauplanung einbezogen werden.
- Wohnungsbau darf nicht den Regeln der kapitalistischen Marktlogik überlassen bleiben. Wir wenden uns deshalb gegen die Privatisierung von städtischen Grundstücken; die Bodenspekulation muss unterbunden werden.
- Städtische Grundstücke müssen grundsätzlich für Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen. DIE LINKE unterstützt die vorrangige Vergabe von Flächen an genossenschaftliche und alternative Wohnprojekte, wie zum Beispiel das Konzept von Mehrgenerationenhäusern, mit denen keine Profitinteressen verfolgt werden.
- Mittels strikter Regulierungen und politischer Vorgaben muss die soziale und sozialräumliche Spaltung der Stadt und des Bezirks überwunden werden. Soziale Erhaltungssatzungen, Umwandlungsverordnungen und Städtebauliche Verträge müssen verstärkt angewandt werden. Bezirkliche Bauprüf- u. Planungsämter sind personell so auszustatten, dass sie die o. g. Auflagen und die Umsetzung genehmigter Sozialwohnungen wirksam kontrollieren können.
- Bedürfnisse der MieterInnen mit geringem und mittlerem Einkommen müssen im Zentrum der Wohnungsbaupolitik stehen. Stadtentwicklung und Wohnungsneubau müssen im engen Dialog mit den Menschen, unter Beteiligung der Stadtteilinitiativen, der MieterInnen, sowie örtlicher Gremien entwickelt werden. Frühzeitige BürgerInnenbeteiligung vor Investorenplanungen ist für DIE LINKE eine unverzichtbare Bedingung.
- Schutz des öffentlichen Raums. Eine soziale Stadt, in der das Recht auf Straßen und Plätze für alle gilt, ist zentral für die demokratische Entwicklung unserer Metropole.
- Soziale Wohnungspolitik muss in eine effektive Stadtentwicklungspolitik eingebettet sein. Statt Bebauungspläne den Wünschen von InvestorInnen anzupassen, müssen Wohnungsbauvorhaben aus einem sozialräumlichen Gesamtkonzept abgeleitet werden, das qualitative Kriterien wie Belüftung, Belichtung, Lärmschutz und ausreichende Grün-, Frei- und

Ruheflächen berücksichtigt. Notwendige Quartiersinfrastruktur wie z.B. Schulen, soziale Einrichtungen, Kitas, Spielplätze, Einkaufsmöglichkeiten und barrierefreie ÖPNV-Anbindung, müssen neben Straßen und Fahrradwegen Bestandteil der Planung sein.

- DIE LINKE ist gegen die Abschaffung des Stellplatznachweises in der Hamburgischen Bauordnung.
- Die Wohnungsämter der Bezirke müssen personell so ausgestattet werden, dass eine wirksame Kontrolle und Bekämpfung von Zweckentfremdung, Leerstand und 'Verkommenlassen' von Wohnraum erfolgen kann.
- Denkmalschutz, Erhalt und Förderung von wertvollen städtebaulichen Ensembles und die Städtebauförderung müssen ausgebaut werden!

## **Die soziale Infrastruktur in den Wandsbeker Stadtteilen stärken**

Jedes vierte Kind und jede vierte Familie in Hamburg lebt in Armut. Die soziale Spaltung geht quer durch die Stadt, quer durch die Bezirke und Stadtteile. In Wandsbek ist die soziale Spaltung sogar regional festzumachen. Während in den nördlichen acht Stadtteilen Wellingsbüttel, Sasel, Volksdorf, Poppenbüttel, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt und Wohldorf-Ohlstedt nur sieben Prozent der Hartz-IV BezieherInnen leben, umfasst der Süden des Bezirks mit den Stadtteilen Eilbek, Jenfeld, Wandsbek, Tonndorf, Rahlstedt, Farmsen-Berne, Bramfeld, Steilshoop sowie Hummelsbüttel 93 Prozent der Hartz-IV BezieherInnen in Wandsbek. In einigen Gebieten geht der soziale Riss sogar durch einzelne Stadtteile. Sozial benachteiligte Stadtteile werden durch die Schuldenbremse und die Kürzungsprogramme weiter abgehängt. Die Armut verharrt insbesondere bei Kindern und Familien in den letzten Jahren auf hohem Niveau. Alleinerziehende und vor allem MigrantInnen sind besonders häufig prekär beschäftigt und von Armut betroffen. Chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung finden nur schwer eine Beschäftigung. Und: Wer in Armut lebt hat eine deutlich niedrigere Lebenserwartung.

Dabei sollte das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE) die Lebensbedingungen von Menschen in benachteiligten Wohnquartieren verbessern und stabilisieren. Dieser Ansatz soll unter möglichst breiter Beteiligung der Wohnbevölkerung, der ansässigen Vereine, Verbände und Institutionen, wie z.B. Schulen und der Wirtschaft realisiert werden. Doch vom schwarz-grünen Senat von Anfang an unterfinanziert, werden nun von der SPD die notwendigen finanziellen Mittel einfach weiter gekürzt. Die sozialen Träger kommen nicht nur in finanzielle Notlagen, sie können weder das notwendige Personal noch die entsprechenden Leistungen und Qualitätsstandards garantieren.

Damit ist die soziale Infrastruktur nicht nur gefährdet, sie bricht weg. Für das Zusammenleben von Menschen und für die gesellschaftliche Teilhabe sind aber der **Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Bezirken** dringend notwendig. Die Armut in den Bezirken und Stadtteilen trifft vor allem die Kinder und Jugendlichen, die aufgrund ihrer Armutssituation auch gesundheitlich benachteiligt sind. Die prekären Lebenslagen haben einen erheblichen Einfluss auf die körperliche und psychische Gesundheit der Familien. Deshalb fordert DIE LINKE einen **bedarfsdeckenden Ausbau von RISE**, insbesondere in den Stadtteilen mit hohen Armutsquoten. DIE LINKE fordert eine **Verstetigung und deutliche Ausweitung des Quartiersfonds**, um die soziale Infrastruktur in den Bezirken dauerhaft zu stärken. Zudem fordert DIE LINKE eine **stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Vergabe der Mittel aus dem Quartiersfonds**, mittel- bis langfristig in Form eines BürgerInnenhaushalts. DIE LINKE fordert außerdem, dass die **bezirklichen Beratungsstellen vor Ort**

**wieder personell verstärkt werden müssen** und hier keinesfalls die geplanten Kürzungen stattfinden dürfen. Es dürfen keine Außenstellen der Bezirksamter in den Stadtteilen geschlossen werden und die Zentralisierung bezirklicher Einrichtungen muss verhindert werden. Das Kundenzentrum in Volksdorf muss langfristig erhalten bleiben, zusätzlich fordert DIE LINKE weiterhin den **Erhalt des Sozialen Dienstleistungszentrums in Bramfeld**. Besonders im Bereich der allgemeinen sozialen Dienste, der StraßensozialarbeiterInnen und der bezirklichen Gesundheitsämter – mit ihren Fachbereichen zu den Schuleingangsuntersuchungen und den Frühen Hilfen – hat die Zusammenführung von Dienststellen bzw. eine permanente Unterbesetzung und Überlastung der MitarbeiterInnen bereits zu katastrophalen Ergebnissen geführt. Freie Stellen in diesen Bereichen müssen sofort wieder besetzt werden. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass gerade die **sozialen Bereiche in Wandsbek finanziell und personell gestärkt werden**, fachlich begründete Fallobergrenzen für die MitarbeiterInnen in den Bezirken festgelegt und die dringend notwendigen zusätzlichen Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden.

Die soziokulturellen Angebote der Bezirke wie zum Beispiel SeniorInnentreffs, Vernetzungs- und Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche, MigrantInnen, Mädchen, Frauen, Erwerbslose, usw. müssen finanziell ausreichend ausgestattet werden.

DIE LINKE fordert, die Praxis der **Privatisierung von Häusern der Jugend sofort zu stoppen** und die bereits an institutionelle Betreiber übergebenen wieder zurück in städtische Hand zu holen.

Ebenso bedarf es einer **Stärkung des SeniorInnen- und Inklusionsbeirats**. Wir fordern für den Inklusionsbeirat eine qualifizierte Vertretung in den relevanten Fachausschüssen.

Gesellschaftliche Initiativen und Engagement in den Stadtteilen müssen durch die Bereitstellung von adäquaten Räumen z.B. in Form von modernen BürgerInnenhäusern und Gemeinschaftszentren in Selbstverwaltung sowie ausreichender finanzieller Mittel zur Stärkung von gemeinschaftlichem und solidarischem Zusammenleben gefördert werden.

Es ist Aufgabe der bezirklichen Gesundheitsämter in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden einen entscheidenden Beitrag zu einer guten medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu leisten.

Die Orientierung an Gewinnen passt nicht zu einem an den Menschen orientiertem Gesundheitssystem. Die Privatisierung der Krankenhäuser hat schlechtere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und eine schlechtere Versorgung der PatientInnen zur Folge. DIE LINKE. setzt sich deswegen für die Rekommunalisierung dieses wichtigen Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge ein und fordert außerdem bezirkliche Gesundheitszentren, in denen Haus- und FachärztInnen gemeinsam mit anderen Gesundheits- und Heilberufen interdisziplinär zusammenarbeiten, um die medizinische Versorgung in den Stadtteilen zu garantieren.

## **Gute Arbeit, höhere Löhne, regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

Der Bezirk Wandsbek ist durch einen sehr hohen Anteil von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt. Nur fünf Betriebe haben über 1.000 Beschäftigte. Die Zahl der MitarbeiterInnen in diesen Großbetrieben sank in den letzten Jahren. DIE LINKE. unterstützt den Erhalt der industriellen Standorte.

Wir setzen uns in Wandsbek dafür ein, dass regionale Unternehmen und Wirtschaftskreisläufe gefördert werden, mehr Arbeitsplätze entstehen und keine weiteren Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst - wie z.B. in der Bezirksverwaltung, bei der Deutsche Rentenversicherung oder bei den Finanzämtern - abgebaut werden. Wirtschaftlich bedeutend sind der Einzelhandel und die Gesundheitswirtschaft. Wandsbek hat innerhalb Hamburgs eher eine unterdurchschnittliche Erwerbslosigkeit, die sich aber in wenigen Stadtteilen konzentriert.

Die regionalen Wirtschaftskreisläufe werden durch die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge und städtischer Flächen an regionale Handwerksbetriebe und Unternehmen unterstützt. Dabei sind gemeinwirtschaftlich agierende Unternehmen und Genossenschaften zu bevorzugen. DIE LINKE. fördert Kombinationen von Wohnen und Arbeiten, insbesondere in den Stadtteilen in denen sich die hohe Erwerbslosigkeit konzentriert. Kleine und mittlere Unternehmen Wandsbeks benötigen kostengünstige Gewerbeflächen. Diese müssen erschlossen und erhalten werden. Wir setzen uns für die Schaffung neuer Gewerbehöfe ein mit bezahlbaren Mieten.

Die regionale Wirtschaftsförderung ist auf die Verbesserung ökologischer, sozialer und friedlicher Standards zu verpflichten. Insbesondere sind Projekte zur Rüstungskonversion, Nutzung erneuerbarer Energien, der Luft- und Gewässerreinigung usw. zu berücksichtigen.

Bei der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand dürfen nach dem Hamburger Mindestlohngesetz nur Unternehmen berücksichtigt werden, die Löhne von 8,50 € / h oder mehr zahlen. Dies gilt auch für Subunternehmen. Da 8,50 € / h keine Unabhängigkeit von zusätzlichen Sozialleistungen sicherstellen und sogar Altersarmut vorprogrammieren, setzen wir uns für eine schnelle Erhöhung des Mindestlohnes ein. Diese Regelungen benötigen eine wirksame Kontrolle. Auf die Einhaltung von Tarifverträgen ist zu achten.

Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Wenn es ein öffentlich-rechtliches Unternehmen oder einen städtischen Träger gibt, sollen diese auch die öffentlichen Aufgaben übernehmen. Wir fordern, dass die Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge um die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards ergänzt werden. DIE LINKE fordert eine umfassende Transparenz bei dem Abschluss von Verträgen durch die öffentliche Hand.

Auch Wandsbek erhielt im November 2013 eine Jugendberufsagentur (JBA). DIE LINKE. Wandsbek begrüßt, dass jetzt Hilfe aus einer Hand angeboten wird und den Jugendlichen Ämtertouren erspart werden. Allerdings ändert diese neue Struktur nichts an den Sanktionen für die Jugendlichen aus dem Hartz-IV System. Die Vernetzung mit der Jugendhilfe ist auszubauen. Einige Jugendliche brauchen erst einmal andere Unterstützungen bevor sie einen Vorschlag für einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine vorbereitende Qualifizierung erhalten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Arbeit der JBA evaluiert wird. Ziel muss es sein, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält.



### **DIE LINKE. Wandsbek fordert:**

- Eine bedarfsgerechte Personalplanung im Bezirksamt Wandsbek, inklusive der regionalen Standorte und Kundenzentren. Auszubildenden soll eine Übernahme in feste Beschäftigungsverhältnisse garantiert werden.
- Die Berücksichtigung von Tariferhöhungen bei kommunalen Zuwendungen für soziale Dienstleistungen, Vereinen und Organisationen.
- Keine Gegenfinanzierung von Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst oder den davon abhängigen Bereichen durch Stellenkürzungen. Öffentliche Daseinsvorsorge ist gerade für Menschen mit geringen Einkommen unverzichtbar. Dass ausgerechnet in diesem Bereich die stärksten Kürzungen stattfinden, nehmen wir nicht hin.
- Keine Leiharbeit im Öffentlichen Dienst. Befristete Arbeitsverträge sind zu vermeiden und nur bei Einverständnis der Betroffenen sowie ihrer Interessenvertretungen akzeptabel.
- Die Konkurrenz um die Nutzung der begrenzten freien Flächen in Wandsbek durch den erforderlichen bezahlbaren Wohnraum und Gewerbeflächen ist unter Beteiligung der Bevölkerung zu entscheiden
- Klein- und Kleinstbetriebe sind durch die Bereitstellung von kostengünstigen Gewerbeflächen insbesondere in den Stadtteilen mit hoher Erwerbslosigkeit zu fördern. Genossenschaftlich organisierte Betriebe sind dabei zu bevorzugen. Wir setzen uns für die Schaffung neuer Gewerbehöfe ein.
- Die für die Bevölkerung unsinnige Konkurrenz zwischen Hamburg und dem Umland, u.a. über niedrige Gewerbesteuern, ist über ein Konzept für die Metropolregion Hamburg zu begrenzen

### **Kultur für alle**

Kultur bringt Menschen zusammen und fördert den Austausch unterschiedlicher Impulse und Milieus. Kultur schafft Freiräume und baut Brücken zwischen den Generationen. Insbesondere Einrichtungen der Stadtteilkultur wirken als Treffpunkt für verschiedene Gruppen und regen lebendige Entwicklung und Zusammenarbeit im Stadtteil an.

Indem der Senat sich aus der Förderung von 'Kultur von unten' immer mehr zurückzieht, überlässt er das Feld der ausschließlich kommerziellen Nutzung, die dann nur noch von denen in Anspruch genommen werden kann, die das Geld dafür haben.

DIE LINKE fordert den Erhalt und Ausbau der Wandsbeker Stadtteilkultureinrichtungen, Kulturinitiativen und lokalen Projekte.

Zu einer sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche gehören auch bezirkliche Kultureinrichtungen und Sportvereine. DIE LINKE fordert, dass alle Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigen Einkommen einen beitragsfreien Zugang zu Kultureinrichtungen und Sportvereinen erhalten und die Vereine entsprechend gefördert werden.

### **Dafür setzen wir uns ein:**

- Ausreichende finanzielle Mittel für bestehende Stadtteilkultureinrichtungen
- Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung für Stadtteil-Kulturprojekte
- Realisierung der Kulturinsel Bramfeld
- Eine angemessene Unterstützung für das Haus am See in Hohenhorst

- Erhalt und Ausbau der Öffentlichen Bücherhallen
- Ein Kulturzentrum im Herzen von Rahlstedt schaffen
- Schaffung eines kulturellen Angebots am Tegelsberg

## **Bildung**

DIE LINKE. Wandsbek begrüßt, dass die Inklusion gemäß dem 2008 in Kraft getretenen Übereinkommen der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch in Hamburg umgesetzt werden soll. Von den allgemeinbildenden Schulen sind es vor allem die Grund- und Stadtteilschulen, die diese Aufgabe verantwortungsvoll und mit hohem Engagement wahrnehmen.

Konsequenterweise werden Förderschulen geschlossen, wie z.B. der Standort Kielkoppelstraße. DIE LINKE. Wandsbek fordert, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf mit einem Schulbus befördert werden. Es ist nicht zu verantworten, dass sich für Kinder ein Schultag auf 12 Stunden ausdehnt.

Die Grund- und Stadtteilschulen in Wandsbek müssen die Inklusion mit unzureichenden Ressourcen umsetzen. In den Klassen, in denen bis zu vier Inklusionskinder sind, ist eine durchgehende Doppelbesetzung erforderlich. Die finanzielle Zuweisung von der Schulbehörde, die davon ausgeht, dass fünf Prozent der SchülerInnen eines Jahrgangs sonderpädagogischen Förderbedarf benötigen, ist im Verhältnis zur realen Situation viel zu niedrig angesetzt. Wir werden uns gemeinsam mit unserer Bürgerschaftsfraktion dafür einsetzen, dass die sächliche und finanzielle Ausstattung für die Inklusion erhöht wird.

DIE LINKE. Wandsbek begrüßt, dass die Schulen in Hamburg zu Ganztagschulen werden. Das darf aber kein Aufbewahrungs- und Billigprogramm sein. Es ist pädagogisch nicht zu vertreten, dass Kinder sich von 8:00 bis 16:00 Uhr in ihrem Klassenraum aufhalten müssen. **Das Angebot für das schulische und das Nachmittagsprogramm muss qualitativ auf die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern ausgerichtet werden.** Dazu gehören entsprechende Funktionsräume. Es ist nicht zu akzeptieren, dass das Mittagessen auf dem Flur oder womöglich auch noch im Klassenzimmer eingenommen wird. Eine Ganztagschule ohne Kantine darf es nicht geben. Das Mittagessen muss frisch und gesund sein. Jedes vierte Kind in Wandsbek lebt unter der Armutsgrenze, in einigen Quartieren sogar noch mehr. Deshalb plädiert DIE LINKE für ein kostenloses Mittagessen. Das Mindeste, was wir fordern ist eine **soziale Preisgestaltung, ohne, dass die Kinder stigmatisiert werden.**

Für die nächste Wahlperiode in der Bezirksversammlung wird die **Nachsteuerung zur Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS)** eine der wichtigsten Herausforderungen sein, um sich die DIE LINKE kümmern wird.

DIE LINKE. Wandsbek begrüßt, dass ein umfangreiches Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubauprogramm für die Schulen auf den Weg gebracht wurde. Allerdings erweist sich die Ausgliederung der Bewirtschaftung und des Baus der Schulimmobilien über das 'Sondervermögen Schulbau' in den Landesbetrieb 'Schulbau-Hamburg' als Rohrkrepieler. Mit den Baumaßnahmen kommt Schulbau Hamburg nicht nach. Unterricht in Containern darf nur die Ausnahme und eine

Überbrückung für einen kurzen Zeitraum sein. DIE LINKE lehnt es ab, die Schuldenbremse und den Wohnungsbau in Hamburg durch den Verkauf von Schulgrundstücken zu finanzieren.

## **Kinder und Jugendliche stärken**

Nicht nur eine gute Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft der Kinder, es bedarf auch einer guten sozialen Infrastruktur.

In den Bezirken wird die soziale Infrastruktur über die Rahmenzuweisungen an die Bezirke finanziert. Die Rahmenzuweisungen sind in den letzten Jahren immer weiter gekürzt worden. Die letzten Kürzungen betragen rund 3,5 Mio. €. Das waren rund 10 % der Summe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die Familienförderung und die sozialräumlichen Angebote. Einige Einrichtungen mussten geschlossen werden, andere mussten ihr Angebot einschränken. Viele Zehntausend Kinder und Jugendliche sind die Leidtragenden, denn sie nutzen die Angebote und Projekte der Abenteuer- und Bauspielplätze, der Kinder- und Familienzentren, der Jugendzentren, der Kinder- und Jugendclubs, der Beratungsstellen und von anderen Einrichtungen nach der Schule, an Wochenenden oder im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in Schulen. Die Bezirksverwaltungen und -versammlungen versuchten in einer Reihe von Fällen, mit Restmitteln des Bezirks Schließungen zu verhindern. Auch wenn dies in Wandsbek vorerst funktioniert hat, ist es jedoch keine dauerhafte Lösung. Das Geld, das umgeschichtet wurde fehlt an anderen Stellen deutlich und spätestens 2014 wird es zu weiteren Einschnitten kommen!

**Die Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie bei der Familienförderung müssen umgehend zurückgenommen werden.** DIE LINKE fordert stattdessen ihren Ausbau; Es muss mehr Geld für diese Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Keine Einrichtung sollte weniger als zwei pädagogische Vollzeitstellen haben! Bessere personelle Besetzungen sind wegen der vielfältigen Aufgaben anzustreben: Eine Reihe von Einrichtungen bieten Schulkindern Mittagsmahlzeiten an, die allerdings unterfinanziert sind. Hier muss ebenso nachgebessert werden wie bei den Honoraren für die Angebote in den Schulen in der Nachmittagsbetreuung. Preis- und Tariflohnsteigerungen sind bei der Finanzierung der Rahmenzuweisungen zu berücksichtigen. Grundsätzlich gilt: Wer mehr Aufgaben zugewiesen bekommt wie die Verlängerung der Öffnungszeiten, insbesondere am Wochenende und am Abend, dem müssen auch Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere die Angebote für Mädchen und junge Frauen müssen hierbei ausgebaut werden.

Andere Einrichtungen werden als **Sozialräumliche Hilfen und Angebote (SHA)** umgewidmet. Somit fallen sie nicht mehr in den politischen Zuständigkeitsbereich der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse und sind der Kontrolle durch die Bezirke entzogen. Diese Einrichtungen sollen dazu beitragen, die Zahl der kostenaufwändigen Hilfen zur Erziehung zu verringern, die gewährt werden, sobald das leibliche und seelische Wohl der Kinder gefährdet ist. Das taten sie jedoch auch schon erfolgreich in der offenen Arbeit. Neu ist die Zuweisung von verbindlichen Hilfen durch das Jugendamt (ASD). In einem bestimmten Zeitraum soll mit der oder dem hilfebedürftigen Kind oder Jugendlichen gezielt gearbeitet werden. Allerdings klappt dies in der Regel nicht mit denen, die in der Einrichtung unbekannt sind. Wir glauben offene Angebote bieten größere Chancen, positive Veränderungen herbeizuführen, da hier bessere Beziehungen zwischen Jugendarbeit sowie den Kindern und Jugendlichen möglich sind.

Deshalb fordert DIE LINKE ein **unabhängiges Gutachten, in dem die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote evaluiert und auf ihren Nutzen und bezüglich ihrer Erfolge untersucht werden.** Für

den Zeitraum der Begutachtung sollten keine weiteren Einrichtungen in diesen Bereich umgesteuert werden. Erst muss eine Entscheidungsgrundlage vorliegen.

Nach wie vor sind die Fachkräfte im **Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)** der Bezirksjugendämter überlastet. Der chronischen Überlastung der ASD ist als erstes durch eine fachlich begründete Fallzahlenobergrenze pro Fachkraft und entsprechender Personalausstattung abzuhelpfen.

#### **Darüber hinaus fordert DIE LINKE:**

- Flächendeckende Erziehungsberatungsstellen in kommunaler und freier Trägerschaft.
- Die bezirklichen Jugendämter und die Bezirksversammlungen brauchen ein viel größeres Mitsprache-, Entscheidungs- und Gestaltungsrecht in der Jugendhilfe als bisher.
- DIE LINKE. setzt sich dafür ein, die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Quartierforen an der Jugendhilfeplanung grundlegend auszuweiten, inklusive von selbstverwalteten Budgets.
- Beteiligung der Jugendlichen an einer Selbstverwaltung ihrer Räume.

## **Umwelt und Verkehr – für Natur und Mensch**

Die öffentlichen Verkehrsmittel sollen umweltfreundlich, schadstoffarm und leise sein. Alle öffentliche Verkehrsmittel und deren Haltestellen sollen zeitnah **barrierefrei ausgebaut werden**.

Zum Schutz vor den Folgen der Klimaerwärmung und nicht zuletzt als Filter gegen Luftschadstoffe müssen Wandsbeks Parks, Grünanlagen und Kleingartenanlagen erhalten bleiben. Zusätzlich sollen mindestens zwei Feinstaub-Kontrollstationen entlang der in Wandsbek am stärksten betroffenen Verkehrsadern eingerichtet werden. Im Hinblick auf den Verkehrslärm durch PKW, LKW, motorisierte 2-, 3- und 4-Räder, Eisenbahnen und Flugzeuge sind **geeignete Lärmschutzmaßnahmen** für die betroffene Bevölkerung durchzuführen.

Wir setzen uns auch weiterhin für **Tempo 30** in Nachtstunden auf ausgewählten Straßen ein. Durch Wohngebiete gehender **LKW-Verkehr** muss wirksam unterbunden werden.

Die Grünpflege muss in öffentlicher Hand bleiben und darf nicht privatisiert werden!

Gefällte Straßenbäume müssen zeit-, ortsnahe und adäquat ersetzt werden. Eine weitere Versiegelung von stadtnahen Grundwasserversickerungsflächen soll vermieden werden.

**Wir setzen uns für eine Stadtbahn ein!** Diese stellt die bisher erste und einzige schienengebundene Ost-West-Verbindung in Hamburg dar. Bei der Trassenplanung sind die Bürgerinnen und Bürger angemessen mit einzubeziehen. Die versprochene Schienenanbindung für Bramfeld und Steilshoop muss endlich verwirklicht werden. Bis dahin ist es zwingend notwendig, dass die Metrobuslinie 26 (Rahlstedt – Farmsen – Steilshoop – City Nord – Alsterdorf – Hamburg Airport) vollständig erhalten bleibt!

Außerdem unterstützen wir die Pläne für eine **S-Bahnlinie (S4)** über Rahlstedt – Ahrensburg – Bargteheide nach Bad Oldesloe. Einer Ausweitung des Güterverkehrs auf dieser innerstädtischen Trasse stehen wir jedoch kritisch gegenüber.

Wir treten weiterhin für eine erhebliche **Absenkung der HVV-Preise** ein. Dies beinhaltet zunächst die zeitnahe Einführung eines Sozialtickets (Großbereich, ohne Sperrzeiten), später eines BürgerInnentickets zum Nulltarif für alle.

Wir treten für die konsequente **Förderung des Fahrradverkehrs in Wandsbek** ein, durch den Bau und die Pflege sehr guter Fahrradwege, und wo möglich durch die Verlegung von Fahrradwegen auf speziell dafür gekennzeichnete Straßenbereiche. Zusätzlich setzen wir uns für die Aufhebung der Sperrzeiten für Fahrräder in U- und S-Bahnen ein, um Berufstätigen die Kombination von Bahn und Fahrrad auf dem Weg zur Arbeit zu ermöglichen.

Außerdem setzen wir uns für den Abbau aller Barrieren in öffentlichem und privatem Raum sowie im öffentlichen Nahverkehr gemäß europäischem Behindertenrecht ein.

## **Ohne Frauen geht es nicht**

Die Diskriminierung von Frauen findet sich in Bedarfsgemeinschaften von Hartz-IV, dem hohen Anteil von Alleinerziehenden, der Armutgefährdung von Frauen im Alter, der Gesundheitsgefährdung durch Armut und dem weitaus geringeren Einkommen. Frauen sind potenziell den Gefahren häuslicher Gewalt ausgesetzt. Dies alles findet sich auch in Wandsbek.

Die Veränderung der Gesellschaft hin zu prekären, auch bei Vollzeitwerbstätigkeit nicht existenzsichernden Beschäftigungen und der Abbau des Sozialstaats hat die soziale Ungleichheit auch innerhalb der Gruppe der Frauen verstärkt. Durch Privatisierung und Einschnitte im Sozialbereich wird die Sorge für Kinder, Alte und Kranke zunehmend individualisiert. Hierbei tragen Frauen die Hauptlast. Emanzipiert ist eine Gesellschaft nur dann, wenn jede und jeder sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat. Kinder dürfen dabei kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein.

Auch alleinerziehende Mütter sowie ältere, alleinstehende Frauen müssen die reale Chance haben, Wohnungen nach dem ersten Förderweg beziehen zu können. Die oftmals notwendige Bereitstellung von Wohngeld muss gesichert sein!

Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter hat für uns auch bei der Wahl zur Wandsbeker Bezirksversammlung eine zentrale Bedeutung.

In jedem Bezirk soll die Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms des Senats in allen Ämtern durch ein bezirkliches Konzept zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen erfolgen. Dessen Umsetzung soll eine bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte begleiten. Sie soll Ansprechpartnerin innerhalb der Ämter, aber auch für engagierte Frauen, Frauenorganisationen und -einrichtungen sein und sie bei der Vernetzung z. B. durch Organisation eines "runden Tisches" unterstützen.

### So fordern wir konkret:

- eine Gleichstellungsbeauftragte
- geschlechtsbezogene bezirkliche Armuts- und Gesundheitsberichte
- Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting)
- Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten
- Erhalt und Ausbau von Mütterberatungstellen und Elternschulen
- ein eigenes Budget für selbstverwaltete Strukturen für Frauen
- Wandsbek braucht für alle Frauen in Not genügend Plätze in Wandsbeker Frauenhäusern
- Bereitstellen von ausreichend günstigen Wohnungen nach dem ersten Förderweg für obdachlose oder von häuslicher Gewalt betroffene, alleinstehende Frauen
- Angemessene Unterstützung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose Frauen
- Geschlechterquoten in allen Bezirksgruppen und bei der Stellenvergabe im Bezirksamt
- Ausbau der Familienhebammenstrukturen unter voller Ausschöpfung der Bundesmittel
- Bessere finanzielle Ausstattung von Lesbenprojekten
- Ausbau weiblicher Erinnerungskultur u. a. durch die Benennung von Straßen nach Frauen und bezirkliche Veranstaltungen zum 8. März (internationaler Frauentag) und zum 25. November (internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen)

### Kein Mensch ist Illegal – Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen stärken

Der Umgang des Hamburger Senats mit Menschen, die nach Hamburg gekommen sind, um Krieg, wirtschaftlicher Not oder politischer Verfolgung zu entgehen, ist unmenschlich. Gemeinsam mit vielen AkteurInnen der Hamburger Zivilgesellschaft aus Gewerkschaften, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und anderen Initiativen kämpft die LINKE in Hamburg dafür, dass Flüchtlinge in dieser Stadt eine sichere Perspektive erhalten.

Wandsbek hat als größter Bezirk in Hamburg auch eine besondere Verantwortung. Jahrelang ist der Bezirk seiner Verantwortung nicht nachgekommen und hat sich nicht um geeignete und ausreichende Unterbringungsplätze für Flüchtlinge gekümmert. Das führt dazu, dass Wandsbek der Bezirk ist, der mit unter sechs Flüchtlingen auf 1.000 EinwohnerInnen die geringste Quote in ganz Hamburg hat. DIE LINKE fordert, dass **Wandsbek seinen Teil an der gesamtstädtischen Verantwortung leistet und genügend Unterbringungsplätze für Flüchtlinge schafft.**

Es geht aber nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Unterbringungen. Zu einer Teilhabe am Leben im Stadtteil gehören bezahlbarer Wohnraum, uneingeschränkte Bewegungsfreiheit sowie ein geregelter Arbeits- und Aufenthaltsstatus.

DIE LINKE spricht sich perspektivisch gegen Massenunterkünfte aus und fordert, für Flüchtlinge **kleine, dezentralen Unterbringungen** einzurichten und die Möglichkeit zu schaffen, **Flüchtlinge in eigenen Wohnraum zu vermitteln.** Wir schlagen vor, in Wandsbek einen **runden Tisch** zu bilden, der die Migrations- und Flüchtlingspolitik auf bezirklicher Ebene koordiniert.

Vor den Bezirksämtern müssen Menschen ausländischer Herkunft oft stundenlang warten um einfachste aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten lösen zu können. Sprachliche Schwierigkeiten sind

zusätzliche Erschwernisse. In fast allen Behörden und Institutionen fehlen muttersprachliche Beratungsmöglichkeiten.

#### **DIE LINKE fordert daher:**

- Kommunales Wahlrecht für EU- BürgerInnen auch auf BürgerInnen aus Drittländern ausweiten
- Verbesserung der sprachlichen Kommunikation in Behörden und Ämtern
- Beendigung der Nachweispflicht für die deutsche Sprache bei Familienzusammenführungen
- Aufklärung der Flüchtlinge über ihre Rechte in Deutschland und Begleitung durch eine neutrale, juristisch gebildete und thematisch kompetente Person

#### **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen**

DIE LINKE. Wandsbek bekämpft Antisemitismus und Antiziganismus, Islamophobie, Rassismus und Neofaschismus, wo immer sie auftreten.

Auch in Wandsbek ist es uns wichtig, dass konkrete Probleme und Alltagskonflikte zwischen BürgerInnen von FaschistInnen und RechtspopulistInnen nicht unwidersprochen für ihre Zwecke missbraucht werden können.

Für den Fall, dass FaschistInnen oder RechtspopulistInnen in die Bezirksversammlung Wandsbek einziehen, werden wir uns mit anderen demokratischen Kräften inner- und außerhalb der Bezirksversammlung dafür einsetzen, demokratisch, kreativ und geeint Formen des Widerstands zu entwickeln. Zudem setzen wir uns für eine aktive Aufklärungsarbeit zu den Themen Faschismus und Rechtspopulismus ein.

Für die Bewahrung von Orten des Gedenkens an faschistischen Terror und Widerstand sowie an Opfer rassistischer Gewalt in Wandsbek müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

#### **Gemeinsam Wandsbek verändern**

Unser Bezirkswahlprogramm beinhaltet eine Vielzahl von Vorschlägen, die mit unserer Vorstellung einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus, zusammenhängen.

Eine Gesellschaft, in der niemand in Armut leben muss, alle von Arbeit gut leben können und im Alter abgesichert sind, lässt sich nur gemeinsam erkämpfen.

Zusammen mit außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen der Linksfraktion und anderen Fraktionen in der Bezirksversammlung machen wir eine bunte und phantasievolle Politik gegen die herrschenden Verhältnisse.

Soziale und demokratische Verbesserung der Lebensumstände werden wir jedoch nur gemeinsam erreichen. Das ist uns wichtig und deshalb bitten wir um ihre Stimme bei den Bezirksversammlungswahlen in Wandsbek.

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Wandsbek  
Wahlprogramm zur Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014

V.i.S.d.P Gert Schlüter  
DIE LINKE. Landesverband Hamburg  
Wendenstraße 6  
22097 Hamburg  
Telefon: 040 / 3 89 21 64  
[buero@die-linke-hamburg.de](mailto:buero@die-linke-hamburg.de)  
[www.die-linke-wandsbek.de](http://www.die-linke-wandsbek.de)